

Congress Report



Entscheidungen und
Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten
von Amerika

Jahrgang 19 (2004), Heft 11-12

**abgeschlossen am
15. Dezember 2004**

	<u>Seite</u>
1. Reform des Nachrichtendienstwesens verabschiedet	1
2. Budgetprozess 2005 abgeschlossen	3
3. Erhöhung der Schuldengrenze des Bundes beschlossen	4
4. Präsidentschaftswahlen: Breit gestreute Zugewinne für Bush	4
5. Wahlen zum Repräsentantenhaus: Leichte Zugewinne der Republikaner	8
6. Wahlen zum Senat: Deutliche Zugewinne der Republikaner	9
7. Gouverneurswahlen: Parteien verteidigen Anteile trotz Niederlagen	11
8. Fraktionsführungen im Senat gewählt	12

11-12/2004

1. Reform des Nachrichtendienstwesens verabschiedet

Nach wochenlangem Tauziehen haben das Repräsentantenhaus und der Senat am 7./8. Dezember 2004 ein Gesetz zur Reform des Nachrichtendienstwesens in den Vereinigten Staaten verabschiedet. Das Repräsentantenhaus sprach sich mit 336:75 Stimmen für die *Intelligence Overhaul Bill* (S 2845) aus. Der Senat votierte mit 89:2 Stimmen für das Reformgesetz. Es stellt die erste grundlegende Reform des Geheimdienstwesens in den USA seit der Schaffung der *Central Intelligence Agency* (CIA) im Rahmen des *National Security Act* 1947 dar.

Dem Votum waren massive Auseinandersetzungen zwischen den republikanischen Fraktionen beider Kammern vorausgegangen (vgl. CR 10/2004, S. 2). Im Zentrum der Kontroverse stand die im Vermittlungsausschuss von den Verhandlungsführern von Repräsentantenhaus und Senat zunächst beschlossene Schaffung der Position eines Director of National Intelligence (DNI), der mit weitreichenden Befugnissen über das gesamte Nachrichtendienstwesen in den Vereinigten Staaten ausgestattet werden sollte.

Ein solches Vorgehen war von der *National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States* (vgl. CR 7-8/2004, S. 1) nachdrücklich empfohlen worden, um eine effektivere Koordination zwischen den Diensten zu erreichen und „operational failures“, wie sie im Vorfeld des 11. September aufgetreten waren, zukünftig besser vermeiden zu können.

In den Vereinigten Staaten gibt es 15 verschiedene Nachrichtendienste mit insgesamt etwa 200.000 Mitarbeitern, die haushaltstechnisch zu etwa 80 Prozent unter dem Dach des Verteidigungsministeriums angesiedelt sind. Dazu zählen die *National Security Agency* (NSA) und das *National Reconnaissance Office* (NRO) ebenso wie die Dienste der Teilstreitkräfte, für die der Congress dem Pentagon jährlich über 30 Mrd. USD zur Verfügung stellt. Die verbleibenden 20 Prozent des jährlichen Budgets für das Geheimdienstwesen werden von der CIA und deren Direktor verantwortet.

Diese teilweise überlappende Struktur des Geheimdienstwesens sollte durch die Schaffung der Position eines DNI mit weitreichenden Budgetvollmachten über *alle* Dienste gestrafft und optimiert werden.

Das allerdings rief den Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, Duncan Hunter (R-Cal.), und General Richard B. Myers, den Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff, auf den Plan. Dem Vernehmen nach machte Myers am 21. Oktober 2004 in einem Brief an den *Chairman des House Armed Services Committee* schwerwiegende Bedenken gegen die vom Vermittlungsausschuss anvisierte Ausstattung des DNI mit weitreichenden Budgetbefugnissen geltend. Der Generalstabschef sah die „battlefield intelligence“ gefährdet und sprach sich für die ursprüngliche Hausversion der *Intelligence Overhaul Bill* aus, die dem DNI nur eingeschränkte Kontrollrechte über die unter dem Dach des Pentagon angesiedelten Dienste einräumen wollte.

Hunter wiederum benutzte das Schreiben des Vorsitzenden des Vereinigten Generalstabes dazu, um in der republikanischen Fraktion Front gegen die Einigung im Vermittlungsausschuss zu machen. Unterstützung erhielt er dabei von F. James Sensenbrenner (R-Wis.), dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses im Repräsentantenhaus, der schärfere Einwanderungsbeschränkungen verlangte und die Fraktion ebenfalls dazu aufforderte, das *conference agreement* zu blockieren.

Hunter und Sensenbrenner gelang es schließlich, die Fraktion hinter sich zu bringen, so dass die Behandlung der Vorlage Ende Oktober 2004 von der republikanischen Fraktionsführung ausgesetzt wurde, obwohl sich zwischenzeitlich auch Präsident Bush für eine umfassende Reform des Nachrichtendienstwesens in den USA ausgesprochen hatte.

Erst eine massive Lobbying-Kampagne von Vizepräsident Dick Cheney, der einen empfindlichen Gesichtsverlust für den Präsidenten befürchtete, führte Anfang Dezember 2004 schließlich zu einer Kompromisslösung, die allerdings kaum darüber hinwegtäuschen kann, dass die budgetäre Verantwortung für den größten Teil der nachrichtendienstlichen Aktivitäten der USA unter dem Dach des Pentagon verbleibt.

So beinhaltet die *Intelligence Overhaul Bill* schlussendlich:

- die Einrichtung der Position eines *Director of National Intelligence*, der „uniform security standards and procedures“ schaffen soll, ohne dass damit allerdings eine umfassende Haushaltskontrolle über das gesamte Nachrichtendienstwesen verbunden ist;
- die Schaffung eines *Counterterrorism Center* zur Planung und Koordination nachrichtendienstlicher Tätigkeiten;
- die bessere personelle und finanzielle Ausstattung des Grenzschutzes und der Einwanderungsbehörde einschließlich der Einrichtung eines *Human Smuggling and Trafficking Center*;
- die Einrichtung eines Kontrollgremiums („oversight board“) zum Schutz der Freiheitsrechte;
- die Formulierung von Mindeststandards für die Ausgabe von Führerscheinen, die bisher von Bundesstaat zu Bundesstaat stark variieren.

Kritiker des Reformgesetzes wie Robert C. Byrd (D-W.Va.) im Senat bemängeln die Hast, mit der die Reforminitiative nach den Empfehlungen der *9-11 Commission* im Juli 2004 in ein Gesetz gegossen wurde. „Die 19 Terroristen des 11. September“, so F. James Sensenbrenner (R-Wis.) im Repräsentantenhaus, „besaßen 63 gültige Führerscheine.“ Dieses Problem ist in der Einschätzung Sensenbrenners durch das Reformgesetz nicht gelöst worden.

2. Budgetprozess 2005 abgeschlossen

Der Congress hat Anfang Dezember 2004 den Budgetprozess für das Haushaltsjahr 2005 abgeschlossen (vgl. CR 10/2004, S. 7), das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2004 begonnen hat.

Dazu war ein Votum des Repräsentantenhauses erforderlich, welches eine kontroverse Bestimmung in der *Fiscal Year 2005 Omnibus Appropriations Bill* (House Resolution 4818; House Report 108-792) einstimmig gestrichen hat, die es den Bewilligungsausschüssen im Congress erlaubt hätte, die Steuererklärungen von amerikanischen Steuerzahlern einzusehen und zu prüfen. Eine entsprechende Formulierung war irrtümlich durch einen Mitarbeiter von Senator Kent Conrad (D-N.D.) in die über 3000 Seiten starke Sammelbewilligung für das Haushaltsjahr 2005 eingefügt worden.

Die Sammelbewilligung für nicht weniger als neun einzelne Bewilligungsgesetze war von Repräsentantenhaus und Senat am 20./21. November 2004 mit 344:51 bzw. 65:30 Stimmen verabschiedet worden. Sie hat einen Umfang von 388 Mrd. USD an *discretionary spending* und umfasst die Bewilligungen für:

- *Agriculture*,
- *Commerce/Justice/State and Judiciary*,
- *Foreign Operations*,
- *Interior*,
- *Legislative Branch*,
- *Energy and Water Development*,
- *Labor/Health and Human Services/Education*,
- *Transportation/Treasury* sowie
- *Veterans/Housing, NASA and EPA*.

Nimmt man die Haushaltsbewilligung im Bereich Rüstung hinzu, dann hat der amerikanische Bundeshaushalt 2005 im Bereich des *discretionary spending* (über den der Congress im Gegensatz zum *mandatory spending* frei entscheiden kann) einen Umfang von 822 Mrd. USD. Dabei wurden auf Drängen von Präsident Bush die Ausgabensteigerungen in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr auf maximal ein Prozent begrenzt, ausgenommen die Mittelerrhöhungen für *Homeland Security* (plus 9 Prozent) und für das Pentagon (plus 7 Prozent).

Diesem Ausgabenbereich im amerikanischen Bundeshaushalt stehen Aufwendungen in Höhe von 1,47 Billionen USD für sogenannte *Entitlement Programs* wie *Medicaid*, *Medicare* und *Social Security* sowie für die Schuldentilgung des Bundes gegenüber.

Sammelbewilligungen durch den Congress bergen das große Risiko von „add-ons“ in sich, die oftmals in keinem sachlichen Bezug zum jeweiligen Bewilligungszusammenhang stehen, dafür aber die regionalen und lokalen Vorlieben der einzelnen Mitglieder der Bewilligungsausschüsse reflektieren. „Dieser Stoß Papier wurde uns Samstagmittag um 2 Uhr auf den Tisch geladen und sechs Stunden später mussten wir darüber

abstimmen“, so Senator Conrad (N.D.) zur Illustration der Entscheidungsprozesse im Rahmen von *Omnibus Appropriations*.

3. Erhöhung der Schuldengrenze des Bundes beschlossen

Senat und Repräsentantenhaus haben Mitte November 2004 die seit Oktober überfällige Erhöhung der gesetzlichen Obergrenze der Bundesverschuldung verabschiedet. Präsident Bush hat das Gesetz am 19. November unterzeichnet.

Vor den Wahlen hatten die Republikaner im Senat eine Abstimmung über die Anhebung der Schuldengrenze aus politischen Gründen vertagt, obwohl dies Finanzminister John W. Snow dazu zwang, die Zahlungsfähigkeit des Bundes mit einigen Kunstgriffen aufrecht zu erhalten (vgl. CR 10/2004, S. 6).

Mit der Zustimmung der beiden Kammern des Congress ist die Verschuldungsgrenze nun um 800 Mrd. auf 8.180 Mrd. USD angehoben worden. Nach den bereits 2002 und 2003 bewilligten Anhebungen ist unter Präsident Bushs Ägide die Obergrenze insgesamt um 2.230 Mrd. USD erhöht worden.

In den 1980er und 1990er Jahren hatten vor allem konservative Republikaner Abstimmungen über die Erhöhung der Schuldengrenze des Bundes für rituelle Kritik am „unkontrollierten Wachstum“ des Staates genutzt. Gegenwärtig zeigen sie jedoch bestenfalls verhaltenes Interesse an einer Absenkung des Haushaltsdefizits des Bundes.

Ein Versuch, Steuersenkungen und Ausgabenzuwächse als Teil der Schuldengesetzgebung zu begrenzen, wurde von der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückgewiesen.

Die ungelungenen Manöver der republikanischen Fraktionen im Congress deuten jedoch an, dass es in Bushs zweiter Amtszeit schwieriger werden wird, an der bisherigen Politik der Steuersenkungen bei gleichzeitigen Mehrausgaben und Sonderbelastungen in Folge der Terrorismusbekämpfung und des Irak-Krieges fest zu halten.

4. Präsidentschaftswahlen: Breit gestreute Zugewinne für Bush

Präsident George W. Bush hat die Wahlen am 2. November 2004 mit einem zwar relativ knappen, aber in jeder Hinsicht eindeutigen Ergebnis für sich entschieden. Senator John F. Kerry (D-Mass.) räumte angesichts des sich abzeichnenden Vorsprungs Bushs seine Niederlage nach nur kurzem Zögern am Morgen nach einer langen Wahlnacht ein.

Gemäß dem vorläufigen Stand der Auszählungen erhielt George Bush 60,6 Mio. Stimmen (51 Prozent) gegenüber 57,3 Mio. für John Kerry (48,4 Prozent). Auf den unabhängigen Kandidaten Ralph Nader, dessen Erfolg 2000 entscheidend zur Niederlage des demokratischen Kandidaten beigetragen hatten, entfielen nur knapp 400.000 Stimmen (0,3 Prozent).

Bush gewann 31 der 50 Einzelstaaten und damit 286 der insgesamt 538 Wahldeputierten-Stimmen des Electoral College, das in dem indirekten Verfahren formell den Präsidenten wählt. Kerry siegte in 19 Bundesstaaten und dem District of Columbia (Washington, D.C.) und erhielt die Stimmen von 252 Wahldeputierten.

Das unzweideutige Ergebnis wurde vor dem Hintergrund des Wahldebakels von 2000 mit sichtlicher Erleichterung aufgenommen. 2000 war Bush mit weniger Stimmen als sein Konkurrent, Vizepräsident Al Gore, und erst nach einer Intervention des *Supreme Court*, der eine Neuauszählung der Stimmen im Bundesstaat Florida unterband, vom *Electoral College* zum Präsidenten gewählt worden (vgl. CR 12/2000, S. 1).

Zwar zeigten sich große Teile der Kerry-Wählerschaft von der Niederlage ihres Kandidaten tief enttäuscht. Bushs Mehrheit stand dieses Mal aber ungeachtet einer Reihe technischer Probleme in einzelnen Wahlbezirken außer Frage.

Den deutlichen Vorsprung Bushs von etwa 3,3 Mio. Stimmen vor seinem Herausforderer ermöglichten breit gestreute Zugewinne, die teilweise tief in das demokratische Lager hineinreichten. Gleichzeitig ist die relative Stabilität der Verteilung der Wählerpräferenzen im Vergleich der Jahre 2000 und 2004 herauszustreichen, die mit Blick auf die Entwicklungen der zurückliegenden vier Jahre weit stärker ausgeprägt ist als zu erwarten war.

Die Kontinuität wird vor allem in der regionalen Verteilung der Stimmen der beiden Parteien deutlich. Bush konnte wie 2000 den Süden sowie die *Rocky Mountain-* und *Great Plains*-Staaten (*Interior*) für sich gewinnen. Kerry hielt dagegen die demokratischen Hochburgen der West- und (Nord-)Ost-Küstenstaaten sowie der *Great Lakes*-Region (*Midwest*). Nur New Mexico und Iowa gingen 2004 an die republikanische Seite, während New Hampshire 2000 mehrheitlich für Gore votierte.

In ähnlicher Weise haben sich die sozialen Profile der republikanischen und demokratischen Wählerkoalitionen 2004 nur marginal verändert. Die Republikanische Partei ist – in der Tendenz – nach wie vor die Partei der weißen (protestantischen) Bevölkerungsgruppen mittlerer und höherer Einkommen in den Randgürteln der Großstädte (*Suburbs*) wie in kleinstädtisch-ländlichen Gebieten, sowie der kirchlich-religiös orientierten Wähler aller christlichen Konfessionen, und wird von einer deutlichen Mehrheit der (weißen) Männer gewählt.

Komplementär hierzu zieht die Demokratische Partei ihre Stärke primär aus den unteren Einkommensgruppen und der gewerkschaftlich organisierten (katholischen) Arbeiterschaft in den großstädtischen Ballungszentren, den ethnisch-rassischen Minderhei-

tengruppen sowie einer mehrheitlichen Unterstützung von säkular orientierten Wählerinnen und Wählern.

Gemessen an diesem konventionellen Erfahrungshorizont weisen Bushs Stimmzugewinne von durchschnittlich 3 Prozent gegenüber 2000 nach den Befunden der von den großen Medienunternehmen gemeinsam in Auftrag gegebenen *Exit Polls* (*Edison Media Research/Mitofsky International*) einige überraschende Komponenten auf. Regional verteilen sich die Zuwächse weitgehend gleichmäßig; nur der Mittelwesten fällt mit plus 2 Prozent leicht unterdurchschnittlich aus.

Demgegenüber erzielte Bush die höchsten Anteilsgewinne in den großen und mittleren Städten (13 bzw. 9 Prozent) unter Wählern ohne weiterführenden Schulabschluss (9 Prozent), unter Bürgern mittel- und südamerikanischer Herkunft (*Hispanics*, 9 Prozent), unter den über 60-jährigen (7 Prozent) sowie unter Frauen, Katholiken und jüdischen Bürgern (jeweils 5 Prozent).

Verluste musste Bush vor allem in kleinstädtisch-ländlichen Gebieten (minus 9 Prozent), in der Gruppe der 18- bis 29-jährigen (minus 7 Prozent) und unter Wählern nicht-christlich-jüdischer Konfessionen (minus 5 Prozent) hinnehmen.

Die breite Streuung der Stimmzugewinne wie die überdurchschnittlichen Zuwächse in Gruppen, die eher zu demokratischen Kandidaten tendieren, deutet darauf hin, dass es Bushs Team gelungen ist, gleichzeitig Wähler der konservativen Parteibasis wie der politischen Mitte erfolgreich zu umwerben.

Dies widerspricht Deutungen, die davon ausgehen, dass Bushs Wahlkampf unter Federführung seines Chefstrategen Karl Rove primär auf das rechte, religiöse Lager abgestellt war und Kerrys zentristische Strategie durch eine überlegene Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft unterlaufen habe.

Die These der Orientierung Bushs auf das rechte Spektrum der Wählerschaft stützt sich zum einen auf das Verfassungsverbot gleichgeschlechtlicher Ehen, das in einigen Einzelstaaten auch in Referenden zur Abstimmung stand. Zum anderen stützt sich diese Interpretation auf ein Ergebnis der zitierten *Exit Poll*, nach dem 22 Prozent der Wähler „moralische Werte“ (*moral values*) als wichtigsten Grund für ihre Wahlentscheidung gegenüber Themen wie Wirtschaft (20 Prozent), Terrorismus (19 Prozent), Irak-Krieg (15 Prozent), Krankenversicherung (9 Prozent) und Steuern (5 Prozent) nannten.

Zunächst ist anzumerken, dass zumindest in den von Bush und Kerry umkämpften Einzelstaaten (*battleground states*) keine signifikanten Unterschiede in der Wahlbeteiligung zu Staaten wie Ohio, in denen Verfassungszusätze gegen gleichgeschlechtliche Ehen zur Abstimmung standen, nachweisbar sind.

Fragwürdig ist auch die Bewertung des Ergebnisses der *Exit Poll*. Die Antwortverteilung der Umfrage ist stark durch die Fragestellung beeinflusst, welche den Wählern sechs Antwortoptionen vorgab, die erstmals auch „moral values“ als Option enthielt. Eine Umfrage des *Pew Research Center*, die diese 6-Punkte-Liste mit einem *offenen* Antwortformat verglich, führte zu anderen Ergebnissen.

Bei Selbstbenennung der Themen durch die Wähler führt in der *Pew*-Umfrage der Irak-Krieg mit 24 Prozent der Nennungen, gefolgt von moralischen Fragen (16 Prozent), Wirtschaft (12 Prozent) und Terrorismus (9 Prozent). Über ein Drittel der Befragten führte zudem andere Themen an.

Darüber hinaus ergab die *Pew*-Umfrage, dass die Befragten unter dem *heading* „Moral“ sehr unterschiedliche Aspekte zusammenfassen, die von Abtreibung und gleichgeschlechtlicher Ehe bis hin zu den charakterlichen Eigenschaften der Kandidaten reichen.

Dies bedeutet nicht, dass der Komplex moralischer Fragen von geringer Bedeutung ist. Vielmehr gehört er seit den 1980er Jahren zu den zentralen Feldern der parteipolitischen Auseinandersetzung (und für republikanische Kandidaten zu den wichtigsten „tools“ der Wählermobilisierung). Allerdings ist die hohe Bedeutung von wirtschaftspolitischen und 2004 auch außen- und sicherheitspolitischen Themen nicht zu übersehen.

Neben der konservativen Haltung in der Gesellschaftspolitik gründete Bushs „Appeal“ wesentlich auf seiner erfolgreichen Selbstdarstellung als führungs- und entscheidungsstarker Präsident, dem eine Mehrheit der Wähler eher Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus zutraut.

Kerry traf dagegen mit seiner Kritik an der Wirtschaftspolitik der Administration, dem Irak-Krieg und den Problemen des Aufbaus eines demokratischen Regimes offensichtlich die Besorgnisse breiter Teile der Bevölkerung. Eine augenscheinliche Schwäche blieb ungeachtet der Bemühungen der Kerry-Kampagne jedoch die mangelnde sicherheitspolitische Kompetenz des demokratischen Kandidaten. Nur 40 Prozent der Befragten bejahten die Frage, ob sie Kerry die Bewältigung der Terrorismusbekämpfung zutrauten, während 58 Prozent Bush eine Eignung für diese Aufgabe zuschrieben.

Die hohe Bedeutung des *Leadership*-Faktors legt nahe, dass Bushs knapper Sieg nicht als breite oder dezidierte Zustimmung zu seiner Politik zu interpretieren ist. Obwohl Bush nach der Wahl für seine Administration wie sein Programm ein klares Wählermandat reklamiert und flankierend auf die Erfolge der Republikaner in den Congress-Wahlen (siehe Punkt 5 und 6) hingewiesen hat, scheint genau dies der Schwachpunkt zu sein.

Bushs Amtsvorgänger, die sich erfolgreich um eine Wiederwahl bemühten, siegten wie Richard Nixon, Ronald Reagan und Bill Clinton mit deutlich größeren Vorsprüngen vor ihren jeweiligen Konkurrenten und sahen sich in ihren zweiten Amtszeiten

dennoch mit hartnäckigen Widerständen gegen ihre Politik konfrontiert, die nur durch zwischenparteiliche Kooperation zu überwinden waren.

Bush hat sich in seiner ersten Amtszeit einen Namen als Strategie gemacht, der durch die Konzentration auf einige wenige Programmpunkte und große Flexibilität in der Sache eine Reihe von wichtigen Gesetzgebungserfolgen erzielen konnte. Doch ungeachtet der teilweise erkennbaren Kompromissbereitschaft Bushs gegenüber den Demokraten hat sich das zwischenparteiliche Klima in den zurückliegenden vier Jahren weiter verschlechtert.

Die demokratische Opposition hat Bushs Ankündigung nach seinem Wahlsieg, er werde sich um breite Unterstützung für seine Initiativen bemühen, mit erkennbarem Misstrauen aufgenommen. Während Kerrys Niederlage die Demokraten verunsichert hat, sind sie nach dem harten Wahlkampf kaum in der Stimmung, dem Präsidenten die Führung der Regierungsgeschäfte leichter zu machen.

5. Wahlen zum Repräsentantenhaus: Leichte Zugewinne der Republikaner

Die Republikanische Partei hat in den Wahlen Anfang November 2004 ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus verteidigt und gegenüber der Mandatsverteilung zum Ende des 108. Congress (siehe Tabelle) fünf Sitze hinzugewonnen.

Sitzverteilung im US-Repräsentantenhaus		
Stand: Dezember 2004		
	108. Congress	109. Congress
Republikaner	227	232
Demokraten	205	202
Unabhängige	1	1
vakant	2	--

Die republikanische Fraktionsführung zeigte sich sichtlich zufrieden mit dem Ergebnis und feierte den Erfolg im Kontext der Siege in den Präsidentschafts- und Senatswahlen (siehe Punkt 4 und 6) als historischen Durchbruch.

Eine nähere Analyse zeigt allerdings, dass die republikanischen Zugewinne nicht auf eine größere Attraktivität der Partei oder der Kandidaten für die Wähler zurückzuführen sind, sondern auf eine außerplanmäßige Neueinteilung der Wahlkreise in Texas, welche die Republikaner merklich bevorteilt hat.

Auf Betreiben des umstrittenen *Majority Leader* Tom DeLay (Tx.) hatte die von den Republikanern kontrollierte Legislative von Texas 2003 die Wahlkreise neu zuge-

schnitten und damit sieben demokratische Abgeordnete aus ihren angestammten Wahlkreisen verdrängt. Ein Abgeordneter trat nicht zur Wiederwahl an, zwei verloren bereits in den Vorwahlen, vier weitere unterlagen ihren republikanischen Konkurrenten.

Zu den Verlierern gehören prominente Demokraten wie Charles W. Stenholm (Tx., 19. Distrikt), der Gründer und langjährige Führer einer fraktionsinternen Gruppierung (*Conservative Democratic Forum, Blue Dog Democrats*), in der sich der konservative Flügel der Partei organisiert hat.

Die insgesamt fünf zusätzlich gewonnenen Wahlkreise in Texas lassen die Erfolgsbilanz der Republikaner auf nationaler Ebene in einem ganz anderen Licht erscheinen. Während die Demokraten die republikanische Mehrheit nicht ernsthaft in Frage stellen konnten, ist die konservativ dominierte Fraktion deutlich hinter den Leistungen ihrer Senatskollegen und des Präsidenten zurück gefallen.

Auch im historischen Vergleich nimmt sich das Ergebnis bescheiden aus. Die Fraktion des siegreichen Präsidentschaftskandidaten konnte in früheren Jahren in der Regel mit höheren Zugewinnen rechnen. Wenngleich sich der positive Effekt der Präsidentschaftswahlen (*presidential coat-tails*) bereits in den 1980er und 1990er Jahren zusehends abgeschwächt hat, markiert 2004 einen neuen Tiefststand.

Bestimmend für den Gesamttrend war demgegenüber die Dominanz der *Incumbents*, die Wiederwahl der amtierenden Abgeordneten beider Parteien, die angesichts des Fehlens eines klaren Richtungswechsels in den Präferenzen der Wählerschaft wieder auf dem bereits hohen Niveau der Vorjahre lag.

Ungeachtet solcher Vorbehalte gegenüber Ansprüchen auf ein „politisches Mandat“ der republikanischen Repräsentantenhausfraktion sieht sich die konservative Mehrheit durch die Wahlen bestärkt und wird in der kommenden Legislaturperiode versuchen, ihre Interessen und Prioritäten auch gegenüber Präsident Bush zur Geltung zu bringen.

Auf der demokratischen Seite ist der ohnehin schrumpfende konservativ-zentristische Flügel, der zumeist die zwischenparteiliche Kooperation ermöglicht, weiter geschwächt worden. Dies wiederum lässt keine Aufweichung der harten parteipolitischen Polarisierung zwischen den Fraktionen erwarten.

6. Wahlen zum Senat: Deutliche Zugewinne der Republikaner

Die Republikaner haben in den Novemberwahlen im Senat ihre Mehrheit um vier Sitze ausgebaut, sodass sie nun über eine komfortable Mehrheit von 55 Sitzen verfügen (gegenüber 44 für die Demokraten). Das ist die geringste Fraktionsstärke für die Demokraten im Senat seit der Präsidentschaft Herbert Hoovers.

Diese Sitzverteilung zugunsten der Republikaner bedeutet allerdings nicht, dass sich die Demokraten politisch nicht positionieren können. Zu groß sind traditionell die Zentrifugalkräfte im Senat wie sie durch die Geschäftsordnung der Kammer befördert werden, die eine Dreifünftel-Mehrheit von 60 Stimmen verlangt, um eine Blockade durch *Filibuster* zu brechen. „Im Senat“, so Jon Kyl (Arizona), der Vorsitzende des *Senate Republican Policy Committee*, nach den Wahlen, „kann man gar nichts befördern, wenn man nicht über 60 Stimmen dafür verfügt“. Wenn die Demokraten sich also einig sind, verfügen sie mit ihren 44 Sitzen über ein machtvolles Instrument, um ihren (Minderheits-)Positionen im 109. Congress durchaus Nachdruck zu verleihen.

Sitzverteilung im US-Senat Stand: Dezember 2004		
	108. Congress	109. Congress
Republikaner	51	55
Demokraten	48	44
Unabhängige	1	1

Das ändert nichts daran, dass die Wahlergebnisse alles andere als positiv für die Demokraten im Senat ausgefallen sind. Die Zugewinne der Republikaner insbesondere im Süden bedeuten, dass die *Grand Old Party* (GOP) dort nun 22 von 26 Sitzen kontrolliert. Zum Vergleich: Vor einem Vierteljahrhundert hielt die GOP im Süden lediglich 7 Sitze im Senat.

Von symbolisch besonders schmerzlicher Bedeutung war für die Demokraten im Senat die Wahlniederlage ihres *Minority Leader* Tom Daschle, der in South Dakota nach einem 26 Mio. USD teuren Wahlkampf äußerst knapp gegen seinen republikanischen Herausforderer John Thune unterlag. Daschle ist damit der erste prominente *Senate Party Floor Leader* seit mehr als fünfzig Jahren, der seinen Sitz im Senat verloren hat. Thune gelang es offensichtlich, Daschle als „chief obstructionist“ im Senat und abgehobenen Washington *Insider* zu brandmarken. Bush gewann den Staat mit 60 Prozent der abgegebenen Stimmen.

In South Carolina konnte sich der Republikaner Jim DeMint mit einem komfortablen Vorsprung von 10 Prozent gegenüber der demokratischen Bewerberin Inez Tennenbaum durchsetzen. DeMint tritt die Nachfolge des Demokraten Ernest F. Hollings an, der nach 38 Jahren im Senat auf eine weitere Kandidatur verzichtete.

Ähnlich wie in South Carolina gelang es den Republikanern auch in North Carolina, ihren Kandidaten Richard M. Burr durchzusetzen, wenn auch nur mit einer knappen Mehrheit von 52 Prozent der abgegebenen Stimmen. Burr tritt die Nachfolge von John Edwards, Kerrys *running mate* in den Präsidentschaftswahlen, an.

In Louisiana besiegte David Vitter, der für einen Vorort von New Orleans seit 1999 im Repräsentantenhaus saß, die beiden demokratischen Mitbewerber, Chris John und John Kennedy. Vitter ist damit der erste Republikaner, der jemals für seine Partei in diesem Bundesstaat in den Senat gewählt worden ist, und tritt die Nachfolge des Demokraten John B. Breaux an, der auf eine weitere Kandidatur verzichtete.

In Florida setzte sich der Republikaner Mel Martinez, der aufgrund seiner kubanischen Wurzeln auf die Unterstützung der *Hispanics* rechnen konnte, knapp gegen die Demokratin Betty Castor durch. Er tritt die Nachfolge des Demokraten Bob Graham an, der nach drei Amtsperioden nicht mehr kandidieren wollte.

In Georgia schließlich gewann mit 58 Prozent der abgegebenen Stimmen der Republikaner Johnny Isakson, der zuvor sechs Jahre im Repräsentantenhaus vertreten war, gegen seine demokratische Mitbewerberin Denise L. Majette.

Positiv war hingegen für die Demokraten der Ausgang der *open-seat races* in Illinois und Colorado. In Illinois konnte sich mit großer Mehrheit Barack Obama gegen den Republikaner Alan Keyes durchsetzen und tritt die Nachfolge des bisherigen republikanischen Amtsinhabers Peter G. Fitzgerald an. Obama ist der einzige *African-American* im Senat des 109. Congress. In Colorado gewann überraschend und mit sehr knapper Mehrheit der Demokrat Ken Salazar gegen den Republikaner Pete Coors.

Insgesamt konnten sich vor allem konservative Republikaner gegenüber moderat-liberalen Demokraten erfolgreich durchsetzen, was mit Blick auf die Zusammensetzung der Fraktion zu einem stärkeren konservativen Profil beitragen und eine aggressivere programmatische Abgrenzung gegenüber den Demokraten befördern dürfte.

7. Gouverneurswahlen: Parteien verteidigen Anteile trotz Niederlagen

Demokraten und Republikaner haben in den Gouverneurswahlen von Anfang November 2004 ihre Sitzanteile verteidigt, obwohl die harten Wahlkämpfe in vier der elf Staaten, in denen das Gouverneursamt neu zu besetzen war, zu einem Wechsel der Parteikontrolle geführt haben.

In Indiana siegte Mitch Daniel, der von Präsident Bush eingesetzte Leiter des *Office of Management and Budget* (OMB) von 2001 bis 2003, gegen den amtierenden demokratischen Gouverneur Joseph Kernan mit 53:46 Prozent der Stimmen.

In Missouri gewann der erst 34-jährige Matt Blunt das Gouverneursamt für die Republikaner gegen Claire C. McCaskill mit 51:48 Prozent der Stimmen.

Umgekehrt konnte sich John Lynch in New Hampshire gegen den amtierenden republikanischen Gouverneur, Craig Benson, mit 51:49 Prozent der Stimmen durchsetzen.

In Delaware, North Carolina und West Virginia verteidigten die Demokraten die von ihnen gehaltenen Gouverneurssitze mit klaren Mehrheiten, die Republikaner in North Dakota, Utah und Vermont.

Zu einer bisher nicht aufgelösten Auszählung, welche die Aufmerksamkeit der Medien auf sich gezogen hat, entwickelte sich aber die Gouverneurswahl im Staat Washington. Ursprünglich galt die Demokratin Christine O. Gregoire als aussichtsreiche Nachfolgerin des ausscheidenden Gouverneurs Gary Locke. In der Wahlnacht führte dann der überraschend starke republikanische Kandidat Dino Rossi die Auszählung mit etwa 1.100 Stimmen. Die automatisch erfolgte maschinelle Neuauszählung ließ Rossis Vorsprung auf nur 42 Stimmen zusammenschrumpfen. In der von den Demokraten nun verlangten Handauszählung könnte Gregoire vor allem von den irrtümlicherweise nicht berücksichtigten 561 Briefwahlstimmen in dem von ihrer Partei dominierten Bezirk *King County* profitieren. Der Auszählungsstand und die auf dem Gerichtsweg zu klärenden Bedingungen einer Überprüfung des Ergebnisses lassen jedoch keine schnelle Entscheidung der Wahl erwarten.

8. Fraktionsführungen im Senat gewählt

Die Republikaner im Senat haben Mitte November 2004 ihre Fraktionsführung für die 109. Legislaturperiode des Congress gewählt. Ohne Gegenstimmen wurden von der Fraktion *Majority Leader* Bill Frist (Tenn.), *Majority Whip* Mitch McConnell (Ky.) und *Republican Conference Chairman* Rick Santorum (Pa.) bestätigt.

Als Vorsitzende des *National Republican Senatorial Committee* konnte sich mit der knappen Mehrheit von 28:27 Stimmen Elizabeth Dole (N.C.) gegen Norm Coleman (Minn.) durchsetzen.

Auf Vorschlag des früheren *Senate Majority Leader* Trent Lott (Miss.) stärkte die Fraktion gleichzeitig die Machtposition von Frist und lockerte das traditionell geltende Senioritätsprinzip bei der Besetzung von Ausschusspositionen. So sprach sich die Fraktionsversammlung mit 27:26 in geheimer Abstimmung dafür aus, dass Frist zukünftig mindestens die Hälfte aller offenen Positionen in den sogenannten „A committees“, also den wichtigsten Ausschüssen im Senat, mit seinen Gefolgsleuten besetzen kann.

Während die Befürworter des Senioritätsprinzips wie die Senatorin Olympia Snowe (Maine) offen vor dem mangelnden Verlust an Unabhängigkeit durch die neue Regelung warnten, begrüßten Befürworter wie Senator John W. Warner (Virginia) ausdrücklich den damit verbundenen „Kohesionsgewinn“ für die Fraktion. Frist wiederum versicherte, dass er sich der neuen Machtbefugnisse nicht zur Bestrafung einzelner Fraktionsmitglieder bedienen wolle.

Wie die Republikaner wählten auch die Demokraten im Senat ihre Fraktionsführung für den 109. Congress. Nach der Wahlniederlage des bisherigen *Senate Minority Leader* Tom Daschle (S.D., vgl. Punkt 6) übernahm Harry Reid (Nevada) diese Funktion, nachdem Christopher Dodd (Conn.) auf eine Kampfkandidatur verzichtete. Die Aufgabe des *Minority Whip* übernimmt mit Richard J. Durbin (Ill.) ein enger Gefolgsmann Daschles. Er gilt als moderat-liberaler Demokrat ebenso wie Byron L. Dorgan (N.D.), der in seiner Funktion als *Policy Committee Chairman* bestätigt wurde.

Erratum:

In Congress Report 9/2004 muss es auf Seite 4, 3. Absatz, 4. Zeile in der Klammer heißen www.informationclearinghouse.info/article6785.htm